

Weniger Mitglieder – weniger Pfarrstellen

87 Pfarrstellen werden in der Landeskirche bis 2018 abgebaut. Doch die unterschiedliche Entwicklung der Mitgliederzahlen in den Kirchenbezirken werden bei der Zahl der Pfarrstellen berücksichtigt. Die Pastorationsdichte erhöht sich gegenüber der Planung. Angehende Theologen werden übernommen.

87 Pfarrstellen von gegenwärtig insgesamt 1.479 vollen Dienstaufträgen will die Landeskirche bis zum Jahr 2018 abbauen, das entspricht einer Reduzierung um rund sechs Prozent. Hintergrund ist die leicht rückläufige Kirchenmitgliederentwicklung, vor allem aufgrund des demografischen Wandels und von Migrationsbewegungen.

Die Pfarrstellen-Kürzungen sollen nach Angaben des Personaldezernenten Oberkirchenrat Wolfgang Traub so erfolgen, dass auch die unterschiedlichen Gemeindegliederentwicklungen in den einzelnen Kirchenbezirken berücksichtigt werden. Die meisten Pfarrstellen muss der Kirchenbezirk Böblingen abbauen, nämlich 3,75. Stuttgart gewinnt dagegen aufgrund gestiegener Gemeindegliederzahlen 2,75 Stellen.

Die Anzahl der Pfarrfrauen und Pfarrer in der Landeskirche werde in den nächsten Jahrzehnten in geringerem Umfang sinken als geplant, erklärte der Personaldezernent. So erhöhe sich die so genannte Pastorationsdichte gegenüber der Planung aus dem Jahr 2009: Im voraussichtlichen Spitzenjahr 2031 wird ein Pfarrer oder eine Pfarrerin durchschnittlich für 1.841 evangelische Gemeindeglieder zuständig sein. Noch vor zwei Jahren war man von einer Durchschnittszahl von über 2.100 Gemeindegliedern pro Pfarrer im Jahr 2031 ausgegangen. Weitere zehn Jahre später soll diese Zahl wieder auf 1.426 Gemeindeglieder gesunken sein.



Personaldezernent Wolfgang Traub:

Die Pastorationsdichte ist höher als bisher geplant.

Gegenwärtig liegt die Pastorationsdichte bei 1.492 Gemeindegliedern pro Pfarrer.

Die Finanzausschussvorsitzende Inge Schneider sprach von einem ermutigenden Zeichen für angehende Theologen: „Wir brauchen euch und sind darauf eingestellt, alle geeigneten Bewerber in den Pfarrdienst zu übernehmen.“

Als Vorsitzende des Theologischen Ausschusses betonte Dorothea Gabler, der Bedarf an Pfarrerin-

nen und Pfarrern dürfe sich nicht nur an der Entwicklung der Gemeindegliederzahlen orientieren, wenn die Kirche in der Fläche präsent bleiben wolle. Andreas Schäffer verwies als Vorsitzender des Sonderausschusses PfarrPlan 2018 darauf, dass Gemeindefusionen auch dadurch gefördert würden, dass den betreffenden Kirchenbezirken jeweils für den aktuellen und den darauf folgenden PfarrPlan keine Nachteile entstünden.

Aus dem Inhalt

3/2011

Der Gottesdienst bleibt Herzstück – Bericht von Landesbischof July

Seite 2

Christenverfolgung in 130 Staaten – keine Neutralität

Seite 4

Haushalt 2012 und Nachtragshaushalt einstimmig beschlossen

Seite 5 + 6

Der Gottesdienst bleibt Herzstück

Landesbischof Frank Otfried July stellte den Gottesdienst ins Zentrum seines Berichts vor der Synode: Er gehöre zum Herzschlag und Lebensrhythmus einer Gemeinde.



Frank Otfried July:

Gottesdienst ist heilsame Unterbrechung des Alltags.

„Die Diktatoren aller Couleur wussten sehr wohl, warum sie Gottesdienste der Gemeinden entweder verboten, störten oder einschränkten“, sagte July vor der Synode. Als Ort der Gottesbegegnung zeige er den Mächtigen ihre Grenzen auf. Der Landesbischof nannte den Gottesdienst eine „heilsame Unterbrechung des Alltags“ und sagte: „Hier müssen wir nichts leisten und vollenden, sondern werden angesprochen von Gottes Zuwendung.“

Das am ersten Advent beginnende Jahr des Gottesdienstes solle ein „Jahr der Freude“ an den vielfältigen Formen des Gottesdienstes werden und kein Jahr neuer Anforderungen und Forderungen, betonte der Landesbischof. Weiter freue er sich am Reichtum unterschiedlicher Gottesdienstformen.

Er würdigte ausdrücklich das große Engagement „der vielen tausend Haupt-, Neben- und Ehrenamtlichen, die den Gottesdienst mit

ihren Diensten vorbereiten und gestalten“. Auf breite Zustimmung in der Synode stieß der ökumenische Aspekt des evangelischen Wortgottesdienstes, den July hervorhob: Anders als in anderen kirchlichen Traditionen sei dieser „eine vollgültige gottesdienstliche Feier“ und nicht nur ein Teil der Abendmahlsfeier. Weiter sagte der Landesbischof: „Hier bieten wir auch den Menschen verschiedener Traditionen und Herkunft ökumenische Gastfreundschaft.“ Das eröffne einen Ort der Begegnung über die Grenzen der Konfessionen hinweg.

In der sich anschließenden Aussprache forderte Werner Schmückle („Lebendige Gemeinde“) ein Nachdenken darüber, warum manche Gottesdienste auf geringe Resonanz stoßen. „Es kann uns nicht gleichgültig sein, wenn nur wenige Gemeindeglieder den Gottesdienst besuchen.“ Elke Dangelmaier-Vinçon („Offene Kirche“) warnte davor, in Aktionismus auszubrechen und wies auf Tauf- oder Einschulungsgottesdienste hin: „Kommen doch gerade durch sie Menschen mit Gottesdienst in Berührung, die sonst selten den Weg in die Kirche finden.“ Ellen Oberman („Evangelium und Kirche“) forderte, dass der Gottesdienst das gesamte Gemeindeleben wie eine Klammer zusammenhalten müsse und „dass die Botschaft des Gottesdienstes auch in den Gemeindegruppen aufgenommen und verstärkt wird“. Martin Allmendinger („Kirche für morgen“) mahnte eine stärkere Beteiligung der Gemeindeglieder bei der Gottesdienstgestaltung an, um „eine vorreformatorische Unmündigkeit“ zu verhindern.

Im Durchschnitt besuchen in der württembergischen Landeskirche gut vier Prozent der Mitglieder den Gottesdienst.

„Blick für weltweite Kirche öffnen“

Kerstin Schmidt berichtete von der Begegnungsreise des Ausschusses für Mission, Ökumene und Entwicklung auf die indonesischen Inseln Bali und Sulawesi. Dabei habe die Gruppe verschiedene, teils sehr unterschiedliche Kirchen besucht. Beeindruckend sei der Umgang mit der muslimisch geprägten Umwelt – an Hochschulen funktioniere das Miteinander sehr gut, andernorts seien Benachteiligungen von Christen an der Tagesordnung. Gewalt zwischen Völkern, Kulturen und Religionsgruppen müsse differenziert betrachtet werden, denn die Auslöser für Gewalttaten seien häufig auf soziale, politische und ethnische Missstände in einer Region zurückzuführen.

Hilfe für Japan wird fortgesetzt

Im vergangenen Juli reiste Bernhard Dinkelaker vom Evangelischen Missionswerk Südwestdeutschland (EMS) nach Japan, um sich dort einen Überblick über die Folgen der Katastrophe zu verschaffen. Infolge des Tsunamis hätten über 15.000 Menschen ihr Leben verloren und noch immer würden mehr als 8.000 Menschen vermisst. „Die größte Verunsicherung geht allerdings von der radioaktiven Belastung durch die havarierten Fukushima-Reaktoren aus“, erklärte Dinkelaker. Das EMS hatte nach dem Unglück sofort 45.000 Euro nach Japan überwiesen. Damit konnte der Einsatz von Freiwilligen koordiniert werden. Dieser Einsatz bedeute „sehr harte und schmutzige Arbeit“, so Dinkelaker. Mit weiteren 350.000 Euro konnten Kindergärten und Schulen wieder aufgebaut, beschädigte Kirchen instandgesetzt sowie ehrenamtliche Mitarbeiter unterstützt werden.

Mit neuen Ideen Kinder einladen

Im Jahr des Gottesdienstes sollen die Gemeinden verschiedene Modelle von Gottesdienst für Kinder ausprobieren.

Die Zahl der Kindergottesdienste in Württemberg sei in den letzten Jahren um 17,5 Prozent zurückgegangen, berichtete Ernst-Wilhelm Gohl (Ulm). Schuld daran sei einerseits der Rückgang der Geburtenrate um 25,1 Prozent, andererseits der Wandel der Gesellschaft. Die Anzahl der kinderlosen Haushalte nähme zu. Familien hätten einen immer dichteren Terminplan zu bewältigen. Die Kinder müssten Schule, Freizeitgestaltung und Vereinsaktivitäten unter einen Hut bekommen. Es herrsche ein regelrechter Konkurrenzkampf um die Zeit der Kinder, so Gohl. Die Gemeinden versuchten durch innovative Kindergottesdienstmodelle gegenzusteuern.

So würden Gottesdienste in größeren zeitlichen Intervallen gefeiert. Weiter versuche man, den Kindergottesdienst mit „Konfi 3“ zu verbinden. In manchen Gemeinden hätten sich sogenannte „Zielgruppengottesdienste“ etabliert: Kleinkindgottesdienste, Familiengottesdienste oder Teenykirchen.

Der Theologische Ausschuss würde es begrüßen, wenn im Jahr des Gottesdienstes die Vielfalt unterschiedlicher Gottesdienstmodelle bewusster wahrgenommen und einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht würden. Die Gemeinden sollen ermutigt werden, verschiedene Modelle in ihrer Kirche auszuprobieren.

Förderung von Jugendkirchen

Jungen Menschen soll es ermöglicht werden, eigene Zugänge zum christlichen Glauben zu entwickeln.

„Jugendgemeinden und Jugendkirchen entwickeln sich aus der Jugendarbeit eines Bezirkes oder Ortes“, erklärte Dorothea Gabler, Vorsitzende des Theologischen Ausschusses. Sie eröffneten christlich-spirituelle Erfahrungsräume, die es jungen Menschen ermöglichen, eigene Zugänge zum christlichen Glauben zu finden. Das Evangelische Jugendwerk (ejw) unterstütze daher örtliche Gruppen, in denen sich Jugendgemeinden und Jugendkirchen bilden. Mittlerweile hätten mehrere Bezirksjugendwerke das Thema Jugendgemeinden in ihrem Dienstauftrag verankert. Das ejw hat durch Reorganisation die Stelle eines Beauftragten für Jugendkirchen geschaffen. Neben der Gründung eines Beirats sollen Erkenntnisse aus der bisherigen Arbeit,

z. B. der Stuttgarter Jugendkirche, für andere Gemeinden fruchtbar gemacht werden. Auch sollen Umbauten an Kirchengebäuden gefördert werden. „Die Unterstützung von Jugendkirchen soll Jugendlichen Gestaltungsräume geben, um Kirchenräume neu zu entdecken und zu bespielen“, so Gabler. „Die Kirchengemeinden sollen durch den noch zu gründenden Beirat ermutigt werden, Jugendliche in ihren Gemeinden zu unterstützen.“ Der Theologische Ausschuss betrachtet bestehende Jugendgemeinden und Jugendkirchen wie die Jugendkirche in Stuttgart als gelungene Modelle, die dazu ermutigen, weiter in die Förderung von solchen Projekten zu investieren. Der Antrag, mit dem die Entstehung neuer Jugendkirchen gefördert werden soll, wurde von der Synode einstimmig angenommen.



Ausgezeichneter Gottesdienst

Den Gottesdienstpreis der „Stiftung zur Förderung des Gottesdienstes“ erhält in diesem Jahr Cornelia Eberle aus Reutlingen. Der Wettbewerb stand unter dem Motto „innovative Tauf- oder Taferinnerungsgottesdienste“. Im ausgezeichneten Gottesdienst stand ein Taferinnerungsritual im Mittelpunkt: Pfarrerin Eberle träufelte Wasser über die Hände der Gottesdienstbesucher und sprach davon, dass sie von Gott geliebte Kinder seien. Ihre poetischen Worte innerhalb des Gottesdienstes, die liebevoll gestaltete Liturgie und die Integration von existenziellen Glaubensfragen nannte die Jury als Gründe für die Auszeichnung. Der Preis ist mit 2.500 Euro dotiert. Seit 2008 wird der Gottesdienstpreis jährlich von der Gottesdienst-Stiftung vergeben. Damit sollen Anreize geschaffen werden, die Qualität der Gottesdienste zu steigern.



Marlene Küstermann:
Als Jugendsynodale zugewählt.

Wahlen und Tausch

Marlene Küstermann wurde für die „Offene Kirche“ als Jugendsynodale zugewählt. Sie gehört auf ihren Wunsch hin dem Rechtsausschuss an. Bei ihrer Vorstellung vor der Synode sagte sie, sie wolle aktiv mitarbeiten. Als Pfarrerstochter sei sie ohnehin daran interessiert, die Arbeit der Synode auch von innen kennenzulernen.

In das Kirchliche Verwaltungsgericht gewählt wurden als Mitglieder: Dieter Eiche, Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht Sigmaringen (Vorsitz), Heidi Essig-Hinz, Pfarrerin, Waiblingen-Neustadt (ordiniertes Mitglied), Paul Eckert, Rechtsanwalt, Stuttgart (nichtordiniertes Mitglied). Als stellvertretende Mitglieder gewählt wurden: Roland Schanbacher, Richter, Remshalden (Stellvertretung im Vorsitz), Gerhard Schubert, Pfarrer, Ditzingen (Stellvertretung des ordinierten Mitglieds), Michael Fritz, Dipl.-Betriebswirt, Kornwestheim (Stellvertretung des nichtordinierten Mitglieds).

Matthias Böhler legt sein Amt als Schriftführer der Landessynode nieder. An seine Stelle tritt Angela Schwarz.

Christenverfolgung in 130 Staaten

„Bei Menschenrechten kann es keine Neutralität geben“, sagte Landesbischof Frank Otfried July. Die Landeskirche sei in Kontakt mit Christen in betroffenen Ländern und wäge mit ihnen ab, welche öffentlichen Äußerungen hilfreich für sie seien.

„In immer mehr Staaten werden Menschen wegen ihres Glaubens bedrängt und verfolgt.“ Das gelte vor allem für Christen, berichtete der für Ökumene und weltweite Kirche zuständige Kirchenrat Klaus Rieth. Insgesamt habe für ein knappes Drittel der Weltbevölkerung die Verfolgungssituation aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit zugenommen. Derzeit würden Christen in 130, Muslime in 117 Staaten bedrängt und verfolgt. Für Christen seien die zehn gefährlichsten Länder Nordkorea, Iran, Afghanistan, Saudi-Arabien und Somalia sowie Malediven, Jemen, Irak, Usbekistan und Laos.

Auf einzelne Länder ging Rieth besonders ein: So hätten nach der Ablösung des Mubarak-Regimes in Ägypten die Übergriffe auf die koptische Minderheit zugenommen. Im Irak sei die Zahl der Christen seit 1991 auf weniger als ein Drittel geschrumpft und die Kirche in ihrer

Funktionsfähigkeit gefährdet. Viele Christen seien nach Syrien geflohen und gezwungen, sich aufgrund der dortigen Unruhen mit dem Gedanken vertraut zu machen, erneut fliehen zu müssen. Dort seien die Repressionen gegen die Kirchen politisch und nicht religiös motiviert, sagte Rieth. „Christen genießen in Syrien trotz eines politischen Überwachungsstaates und einer großen muslimischen Mehrheit so viele Freiheiten wie in keinem anderen arabischen Land außer dem Libanon“, so Rieth. Das führe dazu, dass sich die Menschen in den Kirchenleitungen mit dem Regime solidarisieren. Andere forderten, die Christen vor Ort in ihrer Sehnsucht nach Freiheit zu unterstützen. Die Landeskirche befinde sich so im Dilemma. Sie helfe den Christen vor Ort finanziell und appelliere daran, den Konflikt friedlich zu lösen.

Veränderungen als Chance

Angesichts der geplanten Ganztagschulen muss sich die Jugendarbeit der Kirche verändern.

Im Jahr 2014 werden bereits 40 Prozent der baden-württembergischen Schulen Ganztagschulen sein, schätzt Landeschülerpfarrer Wolfgang Ilg. Somit werde das Zeitfenster für die Jugendarbeit am Nachmittag immer knapper. Ilg sieht für die kommenden Jahre große Chancen, diesen Veränderungsprozess mitzugestalten und kirchliche Projekte an den Schulen anzubieten. Dafür müsse innerhalb der Kirche Bewusstsein geschaffen und Mut gemacht werden. Außerdem wies Ilg darauf hin,

dass die neue Landesregierung gerade bei der Gemeinschaftsschule auf die Kooperation mit außerschulischen Partnern, wie Kirchen, setze. Veränderung in der Jugendarbeit sollte niemandem Angst machen, denn durch sie könnten neue Formen und Schwerpunkte entstehen. Die Synode hat dem von Harald Klingler für den Ausschuss für Bildung und Jugend gestellten Antrag zugestimmt, zu Beginn des nächsten Schuljahrs eine landeskirchliche Vernetzungs- und Beratungsstelle einzurichten.

Personalstellen für Musik in der Kirche

Für die Weiterentwicklung der Kirchenmusik wolle man „bewusst richtig Geld in die Hand nehmen“, sagte Winfried Dalferth, Vorsitzender des synodalen Sonderausschusses „Musik in der Kirche“: „Hier sind wir beim kirchlichen Kerngeschäft, der Weitergabe des Glaubens: Wer glaubt, der singt!“ Seinen Anträgen entsprechend soll – jeweils auf sechs Jahre befristet – die Hochschule für Kirchenmusik einen zusätzlichen vollen Lehrauftrag für Populärmusik bekommen. Das Amt für Kirchenmusik soll eine halbe Stelle für die C-Ausbildung gewinnen, eine halbe Stelle zur Förderung des Singens sowie eine Viertel-Stelle zur Vernetzung musikalischer Aus- und Fortbildungen. Das Jugendwerk soll eine volle Stelle für die Bläserarbeit und eine halbe Stelle zur Förderung des Singens erhalten. Für die Dauer der Befristung sei mit zusätzlichen Personalkosten in Höhe von rund 2,5 Millionen Euro zu rechnen.

Gleichgeschlechtliche im Pfarrhaus

Alle vier Gesprächskreise der Landessynode haben in Voten angekündigt, an der bestehenden Regelung zum Umgang mit gleichgeschlechtlichen Paaren im Pfarrhaus nicht zu rütteln und lediglich in Einzelfällen schwulen oder lesbischen Paaren das Leben im Pfarrhaus zu ermöglichen.

Diese seit elf Jahren geltende Regelung habe auch bislang nicht zu Verwerfungen in den evangelischen Kirchengemeinden geführt, sagte Landesbischof Frank Otfried July. Mit der Übernahme des EKD-Pfarrdienstrechts werde sich nichts am württembergischen Umgang mit dieser Frage ändern.

Haushalt einstimmig beschlossen

Einstimmig hat die Synode den Haushaltsplan 2012 beschlossen, den Nachtragshaushalt genehmigt und den landeskirchlichen Rechnungsabschluss 2010 zu Kenntnis genommen.

Die Landeskirche sei „wirtschaftlich stabil aufgestellt“, doch ab Mitte 2012 sehe die Ertragslage „deutlich kritischer“ aus, so Finanzdezernent Martin Kastrup. Der landeskirchliche Rechnungsabschluss 2010 ergab Planabweichungen in Höhe von knapp 29 Millionen Euro, vor allem aufgrund höherer Zuführungen in die Rücklagen. Denn die Kirchensteuereinnahmen im Vorjahr (532 Millionen Euro) lagen mit 32 Millionen Euro deutlich über Plan. Die Clearing-Vorauszahlungen fielen niedriger aus. Der Ausgleichsrücklage für die Gesamtheit der Kirchengemeinden konnten 16 Millionen Euro zugeführt werden, der Ausgleichsrücklage der Landeskirche 25 Millionen Euro. Dadurch ist die Ausgleichsrücklage der Gemeinden auf nun 194 Millionen Euro angewachsen, die der Landeskirche auf 184 Millionen. Ein neuer Höchststand. Der Nachtragshaushalt halte „keine unangenehmen Überraschungen bereit“ so Kastrup. „Die Planung war unter dem Schock der Finanzkrise deutlich zu pessimistisch.“

Zum Nachtrag zählen der Anteil der Landeskirche an der Einrichtung eines Fonds für Heimkinder-Entschädigung, die finanzielle Unterstützung der evangelischen Kirche in Japan und die Finanzierung eines Klimaschutzkonzepts sowie der Kostenersatz für 15 vorhandene ständige, bewegliche Pfarrstellen in Diakonie, Mission, Industrie, Notfallseelsorge und Bildungsarbeit, die bis 2019 befristet sind.

Aus dem Haushaltsentwurf 2012 nannte Kastrup beispielhaft Projekte wie die Förderung des Ehrenamtes, die Schulseelsorge und die Seelsorge in der Palliativversorgung. Darüber hinaus sollen fünf Millionen Euro als Sonderrücklage für innovative Maßnahmen der Mitgliederbindung und Mitgliederwerbung eingestellt werden. Außerdem werde bereits jetzt für die Kirchenwahl 2013, den Deutschen Evangelischen Kirchentag 2015 in Stuttgart und das Reformationsjubiläum 2017 Vorsorge getroffen. Hinzu kämen Mittel für Sanierungs- und Erweiterungsmaßnahmen.

>> Lesen Sie weiter auf Seite 6



Inge Schneider (links),
Vorsitzende des Finanzausschusses, im Gespräch mit Steffen Kern (Mitte) und Winfried Dalferth (rechts).

>> Haushalt einstimmig beschlossen

Die Schwerpunkte bei den Kirchengemeinden seien klar zu benennen. Kastrup nannte Sondermaßnahmen für die energetische Sanierung von Pfarrhäusern, die Aufstockung der Versorgungsabsicherung sowie des Verteilbetrags an die Kirchengemeinden in Höhe von jeweils sieben Millionen Euro. Das von der Synode beschlossene Sparpaket werde realisiert. Es entfalte seine volle Wirkung ab 2019. Kastrup sprach sich dafür aus, eine nachhaltige Finanzpolitik beizubehalten. Die Vorsitzende des Finanzausschusses, Inge Schneider, stellte den Haushalt unter das Motto „Mutig und getrost in die Zukunft“. Sie wies vor allem auf den Posten für das „Jahr des Gottesdienstes“ hin sowie auf die Verlegung des Bibel museums in die Stuttgarter Innenstadt.

Gehälter steigen, längere Arbeitszeit

Die Landeskirche muss bis zum 1. Januar ihr Dienstrecht an das Dienstrechtsreformgesetz des Landes anpassen. Der Rechtsausschuss hat sich seit 2010 mit dem Pfarrerdienstrecht auseinandergesetzt. Die Synode hat die Gesetzesänderung nun beschlossen. Die Anpassung, so Christian Heckel, betrifft vor allem das Gehalt, die Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre und die Regelung bei Dienstunfähigkeit. Pfarrer und Kirchenbeamte erhalten rückwirkend zum 1. April dieses Jahres eine Gehaltserhöhung – wie die Landesbeamten auch. Der Anhebung der Regelaltersgrenze wurde zugestimmt, da es keinen Grund gebe, Pfarrer anders zu behandeln als andere Berufsgruppen. Bei den Bestimmungen zur Dienstunfähigkeit bleibt der Rechtsausschuss dagegen bei den Fristen, wie sie bisher im Württembergischen Pfarrergesetz festgelegt sind.

Überhang bei Sonderpfarrstellen

„Evangelium und Kirche“ plädiert für zukunftsfähige Strukturen.

Ihr Gesprächskreis unterstütze die Finanzplanung, da die Landeskirche schon durch den Bevölkerungsrückgang rund fünf Millionen Euro pro Jahr verliere, sagte Ingeborg Raab im Namen des Gesprächskreises „Evangelium und Kirche“. Außerdem wisse man nicht, wie sich die Eurokrise und eine mögliche Steuerreform auf die Einnahmen der Kirche auswirken werden. Im Einzelnen kritisierte sie, dass in den Augen ihres Gesprächskreises bislang mehr Kürzungen bei den Gemeindepfarrstellen als bei den Sonderpfarrstellen geplant seien. Raab sprach von einem „Überhang an Sonderpfarrstellen“ und for-

derte den Oberkirchenrat auf, „den Gesamtstellenplan im Auge zu behalten“.

Ferner plädierte sie für die Fusion von Kirchengemeinden: „Der demografisch bedingte Rückgang der Gemeindeglieder, langfristige finanzielle Entwicklungen und die Veränderungen durch den PfarrPlan erfordern bei den Kirchengemeinden Überlegungen zu einer zukunftsfähigen Struktur“, so Raab. Zusätzliche Kooperationen, Zusammenlegungen von Kirchengemeinden auf dem Gebiet einer Kommune durch Fusion oder Bildung von Gesamtkirchengemeinden müssten früher oder später angegangen werden, forderte sie.

Strategie und etwas mehr Mut!

„Kirche für morgen“ fordert umfassende Strategie.

„Strukturveränderungen nicht nur im Finanzbereich“ mahnte Reiner Klotz an. Im Namen des Gesprächskreises „Kirche für morgen“ forderte er eine „umfassende Strategie“, die darüber Auskunft gebe, wie die Kirche auf den Rückgang der Mitgliederzahlen und der finanziellen Ressourcen eingehen wolle. „Strukturen und Lobbyismus machen uns nicht zukunftsfähig, sondern hindern uns“, betonte Klotz. Wenn die Kirche ein Wirtschaftsunternehmen wäre, würde sie mehr in innovative und nachhaltige Ideen investieren, um „Kunden“ zu binden und Mitarbeiter zu gewinnen. Es gelte

mehr in Personal zu investieren, statt – wie im PfarrPlan vorgesehen – Stellen zu kürzen, sagte Klotz. Sein Gesprächskreis wünsche sich „etwas mehr Mut“.

Die Kirche werde kleiner, aber die Ansprüche der Kirchengemeinden seien gewachsen. „Man muss den Gemeindegliedern und den Pfarrern vor Ort ohne Beschönigung sagen, was geht und was nicht.“ Auf der anderen Seite sei es wichtig, sich mit den Gemeinden zu solidarisieren und sie als Dienstleister zu unterstützen. „Deshalb ran an die Rücklagen der einzelnen Dezentrate und etwas Gutes für das weite Land tun.“

Nächste Synodaltagung

Die Württembergische Evangelische Landessynode trifft sich zu ihrer Frühjahrstagung vom 8. bis 10. März 2012 auf dem Schönblick bei Schwäbisch Gmünd. Informationen im Vorfeld finden Sie auf der Internetseite der Landeskirche.

www.elk-wue.de

Sparpaket hat Kirche geschwächt

Die „Offene Kirche“ beklagt künstlichen Kürzungsdruck.

Im Haushaltsplan gibt es Martin Plümicke zufolge keine gravierenden Veränderungen, die sein Gesprächskreis „Offene Kirche“ begrüßen oder ablehnen würde. „Unsere Kritik an den bestehenden Kürzungen im inhaltlichen Bereich bleibt genauso bestehen wie die unermüdliche Mahnung, die nötigen Strukturreformen mit Mut und Zuversicht anzugehen.“

Er warf dem Finanzdezernat und der Synodenvormehrheit vor, trotz sprudelnder Kirchensteuereinnahmen einen „künstlichen Kürzungsdruck“ aufgebaut zu haben. Das „hektisch geschnürte Sparpaket“ sei falsch und die Landeskirche

in einem nicht zu verantwortenden Maße geschwächt, so Plümicke. Unter anderem kritisierte er die Kürzungen beim Müttergenesungswerk. Bis 2019 werde der Zuschuss dort fast halbiert. Das könne nur mit Stellenkürzungen umgesetzt werden und bedeute eine Absenkung des therapeutischen Standards. Die Kürzung bei der Gleichstellungsbeauftragten sei „völlig unverständlich“ und die Akademie Bad Boll überproportional von Kürzungen betroffen. Sehr froh sei die „Offene Kirche“ dagegen, dass es gelungen sei, den Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt und die Dienste für Mission und Ökumene zu erhalten.

Moslem-Ehe für Vikarin tabu

Oberkirchenrat und verschiedene Synodale verteidigten die Entlassung einer Vikarin, die einen Moslem geheiratet hat. Harald Kretschmer (Tübingen) dagegen sprach von einem „dramatischen Imageschaden“ für die Landeskirche. Ernst-Wilhelm Gohl (Ulm) warnte vor „billigen polemischen Verkürzungen“ der Debatte. Oberkirchenrat Wolfgang Traub wies darauf hin, dass Pfarrer eine besondere Verantwortung für ihre Lebensführung hätten. Deshalb hielten auch alle anderen Landeskirchen und das neue Pfarrdienstrecht der EKD an dem Grundsatz fest, dass der Ehepartner evangelisch, zumindest aber christlich sein müsse.

Kirchengemeinden stärken

Die „Lebendige Gemeinde“ will innovative Projekte fördern.

„Wir wollen die Gemeinden vor Ort stärken und an den beschlossenen Kürzungen festhalten“, erklärte Andrea Bleher im Namen des Gesprächskreises „Lebendige Gemeinde“. Andernfalls „würden wir uns selbst nicht ernst nehmen, und auch diejenigen nicht, die Sparmaßnahmen bereits umgesetzt haben“. Ihren Worten zufolge befinden sich viele Kirchengemeinden in einer schwierigen Situation. Immer häufiger reiche das Geld nicht mehr aus, um die Substanzerhaltungsrücklage zu decken. Bei den Pfarrstellen gelte es, die Zahl der beweglichen Pfarrstellen zu begrenzen und darauf zu

achten, dass bei den Sonderpfarrstellen das Verhältnis zum Gemeindepfarrdienst konstant bleibe. Mit den derzeit höheren Kirchensteuereinnahmen will der Gesprächskreis innovative Projekte angepackt wissen. Unter anderem nannte Bleher die geplante Sinus-Milieustudie, die eine gute Grundlage für die Arbeit einer missionarischen Volkskirche sei. Außerdem stehe die „Lebendige Gemeinde“ hinter dem Ziel, Populärmusik in Ausbildung und Gemeinde fest zu verankern. Um künftig genügend Geld für die Sanierung historischer Dorfkirchen zu haben, regte Bleher die Gründung einer Stiftung an.

Ausführliche Berichte zur Herbsttagung der Landessynode

Auf der landeskirchlichen Internetseite können Sie alle Anträge, Anfragen, Reden und Berichte sowie Interviews zu ausgewählten Themen nachlesen. Darüberhinaus können Sie dort zahlreiche Videos und Audios von der Tagung ansehen und anhören. www.elk-wue.de



Letzte Synodaltagung
im Stuttgarter Hospitalhof vor dem Umbau.

„Mission bedeutet immer Dialog“

Ein zentrales Thema der Kirche ist Mission, darin sind sich die Synodalen einig. Aber es gibt auch unterschiedliche Meinungen.

„Mission ist Grundlage und ‚Lebensausdruck‘ der Kirche“, sagte Gertrud Dorn vom Ausschuss für Mission, Ökumene und Entwicklung. Ziel von Mission sei es, alle Menschen mit der befreienden Botschaft von Christus zu erreichen. In den vergangenen Jahrzehnten habe sich die Einstellung der Kirchen zur Missionsarbeit grundlegend verändert. Heute sei Partnerschaft ein wesentlicher Aspekt von Mission. Sie beinhalte auch diakonische Aufgaben, setze auf Dialog und Solidarität mit den Armen. Dem stimmten die Gesprächskreise in ihren Voten zu. Allerdings äußerten die Synodalen unterschiedliche Meinungen darüber, wie der Missionsauftrag der Kirche umgesetzt werden soll. So sagte Joachim Beck („Offene Kirche“),

dass der Missionsauftrag nicht bedeute, eigene Veranstaltungen abzuhalten. Vielmehr gehe es darum, anderen Menschen Auskunft über den eigenen Glauben zu geben – wenn diese danach fragten. „Mission gibt Kirchengemeinden einen weiten Horizont“, sagte Volker Teich („Lebendige Gemeinde“). Sie geschehe immer im Dialog, der den Gesprächspartner ernst nehme, ihm aber auch das Zeugnis des Glaubens nicht vorenthalte. Winfried Dalferth („Evangelium und Kirche“) sieht vor allem in der Predigt einen entscheidenden Ort der Mission, denn aus dem Hören folge das Handeln. Dies bedeute aber auch, sich über die Adressaten beispielsweise eines Gottesdienstes Gedanken zu machen – und diesen dann entsprechend zu gestalten.

Für Vikare neue Studienordnung

Der Oberkirchenrat hat eine neue Studienordnung für die Vikarsausbildung vorgelegt: Für die Ausbildung zuständig sind demnach das Pfarrseminar und das PTZ. Die „geistliche Existenz“ wird als theologische Kompetenz aufgenommen. Zu den pfarramtlichen Grundaufgaben zählen der neuen Studienordnung nach neben Gottesdienst, Bildung und Seelsorge nun auch Leitung. Die Vikarsausbildung soll künftig drei Phasen umfassen, wobei die Gesamtverantwortung des letzten Abschnitts „Ergänzung und Vertiefung“ beim Pfarrseminar liegt. Diese dritte Phase „dient der Wahrnehmungsschärfung für gesellschaftspolitische und interkulturelle Zusammenhänge, für diakonisches, ökumenisches und missionarisches Handeln sowie für allgemeine und wirtschaftliche Bereiche“, so der stellvertretende Ausschussvorsitzende Werner Schmückle.

Impressum

Herausgeber: Evangelisches Medienhaus GmbH
 Redaktion: Oliver Hoesch (verantwortlich),
 Sarah-Lisa Angress, Stephan Braun, Nicole Marten,
 Jens Schmitt, Jasmin Schönemann, Peter Steinle,
 Silke Stürmer
 Fotos: Gottfried Stoppel
 Layout, Herstellung: Evangelisches Medienhaus GmbH,
 Augustenstraße 124, 70197 Stuttgart

„beraten & beschlossen“ wird nach Tagungen der Landessynode erstellt. Es ist kostenlos zu beziehen bei:
 Evangelisches Medienhaus GmbH
 Augustenstraße 124 | 70197 Stuttgart
 Fon 0711 22276-58 | Fax 0711 22276-81
 kontakt@elk-wue.de | www.elk-wue.de



PC im Pfarramt:

Die Landeskirche stattet die Gemeinden mit einheitlichen Computersystemen aus. Im Gespräch mit Roland Bihler (links) vom IT-Partnerunternehmen: die Oberkirchenräte Klaus-Peter Duncker (Mitte) und Martin Kastrup (rechts).



EVANGELISCHE LANDESKIRCHE
 IN WÜRTTEMBERG